

Margot Schüller

Wirtschaftsentwicklung in der VR China 1997/98: Nach weicher Landung nun Konjunkturreinbruch?

1 Gesamtwirtschaftlicher Überblick 1997

Die Finanz- und Wirtschaftskrise in einer Reihe asiatischer Nachbarstaaten überschattete die wirtschaftliche Entwicklung der VR China von Mitte 1997 an und wirkt auch 1998 nach. Aufgrund seiner Position als regionales Finanzzentrum in Asien war die SVR Hongkong allerdings von der Krise bisher weitaus stärker betroffen als Festlandchina. Beschränkungen im Kapitalverkehr mit dem Ausland schützten China vor spekulativen Attacken gegen die Bindung des Renminbi an den US-Dollar als Leitwährung. So unterliegt der festlandchinesische Devisen- und Kapitalmarkt nach wie vor strengen Auflagen, und die festlandchinesische Währung ist nicht frei konvertibel. Hongkong dagegen mußte sich gegen Angriffe auf den Wechselkurs, der nach wie vor in fester Relation zum US-Dollar steht, mit Rückgriff auf seine hohen Devisenreserven und Heraufsetzung der Zinsen zur Wehr setzen. Dies geschah in Absprache mit der Zentralregierung in Beijing, die ankündigte, zur Stabilisierung des Hongkong-Dollars notfalls die eigenen Devisenreserven einzusetzen.

Obwohl China durch seine nach wie vor nur begrenzte Integration in die internationalen Kapitalmärkte von den währungspolitischen Turbulenzen verschont blieb, sind ähnliche Krisenphänomene wie in den Nachbarstaaten auch in China anzutreffen, und die dortige Entwicklung dient der chinesischen Regierung derzeit als warnendes Beispiel, notwendige Reformen nicht länger hinauszuzögern.

Daß Chinas Wirtschaftswachstum 1997 weiter abflachte, ist jedoch noch nicht auf die Auswirkungen der „Asienkrise“ zurückzuführen, sondern hat andere Ursachen. So wirkt sich die restriktive Geldpolitik und die damit verbundene geringe Wachstumsrate der Anlageinvestitionen auf die Dynamik der Industrieproduktion aus, die auch durch hohe Lagerbestände und durch die Umstrukturierung vieler Unternehmen behindert wird. Wie Tabelle 1 zeigt, ging das Entwicklungstempo zwischen 1992 und 1997 kontinuierlich zurück und lag im letzten Jahr mit

8,8% auf dem niedrigsten Niveau im betrachteten Zeitraum.¹ Als Erklärung dafür, daß das Wirtschaftswachstum 1997 geringer als die ursprünglich geplanten 10% ausgefallen ist, werden vom chinesischen Statistikamt zwei Gründe genannt: Erstens sei die landwirtschaftliche Wertschöpfung aufgrund der Anpassungen in der Maisanbaufläche und der Trockenheit in Nordchina niedriger als erwartet gewesen, und zweitens hätten die kollektiveigenen Unternehmen Wachstumseinbußen hinnehmen müssen, da sie sich dem Veränderungsdruck des Käufermarktes nicht ausreichend anpassen konnten.²

Entscheidende Einflußfaktoren für das Wirtschaftswachstum waren auch 1997 die Investitionen, der Konsum und die Exporte.³ Wie aus Tabelle 1 ebenfalls hervorgeht, sanken seit 1994 jedoch die Wachstumsraten der Anlageinvestitionen drastisch. Im letzten Jahr belief sich das Volumen der gesamten Investitionen auf 2.530 Mrd. Yuan, ein nominaler Anstieg um lediglich 10,1% und ein Realanstieg von 8,3%. In dieser Entwicklung spiegelt sich die von der Regierung verfolgte Politik des knappen Geldes wider. Auch die rückläufigen Zuwachsraten der M2-Geldmenge unterstreichen die Verknappung der Investitionsmittel, die in vielen staatseigenen Verlustunternehmen die Liquiditätsprobleme enorm verschärften.

Als positive Auswirkung der restriktiven Geldpolitik trat eine Stabilisierung der Preisentwicklung ein. So erreichte die Inflationsrate (Einzelhandelspreisanstieg) 1997 nur ein Niveau von 0,8% (Verbraucherpreisanstieg 2,8%). Als Folge von Liquiditätsproblemen mußten allerdings Unternehmen schließen, und es wurden mehr Arbeitskräfte entlassen bzw. erhielten nur noch einen Mindestlohn. Landesweit stiegen die Pro-Kopf-Einkommen der städtischen Bevölkerung deshalb real lediglich um 3,4%; die Pro-Kopf-Nettoeinkommen der Bauern nahmen real um 4,6% zu. Angst vor Entlassungen und Arbeitslosigkeit wirkten sich auf die Nachfrage aus, so daß der Konsumgüterumsatz 1997 unter Berücksichtigung von Preissteigerungen nur noch um 10% zulegte.

Nachdem 1996/97 die erfolgreiche weiche Landung von einer überhitzten Wirtschaft mit hohen Inflationsraten gefeiert worden war, besteht nun die Befürchtung, daß die Feinabstimmung in der Wirtschaftssteuerung doch schwieriger als erwartet war und die Dynamik zu stark gedrosselt wurde. Hierzu haben sicherlich die negativen Auswirkungen von notwendigen Reformmaßnahmen beigetragen, die zwangsläufig staatliche Verlustbetriebe in den Konkurs und Beschäftigte um ihre Arbeitsplätze bringen mußten. Unter Berücksichtigung der enormen Ineffizienz im Wirtschaftssystem – sichtbares Zeichen sind die wachsenden Lagerbestände der Unternehmen – gehen Experten sogar davon aus, daß die Wachstumsrate 1-2% geringer als offiziell ausgewiesen ist.⁴

Im allgemeinen wird davon ausgegangen, daß China ein relativ hohes Wirtschaftswachstum von mindestens durchschnittlich 7-8% pro Jahr benötigt, um die vielfäl-

¹Im folgenden sind Daten zur Wirtschaftsentwicklung 1997 dem „Statistical Communiqué of the State Statistical Bureau of the People's Republic of China on the 1997 National Economic and Social Development“, in: *China Economic News*, 20.4.1998, Supplement No.2 entnommen.

²Siehe hierzu auch „On edge. Profits at township enterprises are down – leading to worries about their ability to absorb surplus rural labor“, in: *China Trade Report*, March 1998, S.4-5.

³„China's 1997 GDP up 8.8%“, in: CEN, No.3, 19.1.98.

⁴„Key stage on long march to market. The 'soft landing' is becoming bumpier as the economy throws up difficulties“, FT, 8.12.98.

Tabelle 1: Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsindikatoren

	1991-1996	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Bruttoinlandsprodukt (real, %)	11,6	14,2	13,5	12,6	10,5	9,6	8,8
Wertschöpfung Industrie (real, %)		21,2	20,1	18,9	14,0	12,5	11,1
Wertschöpfung Bausektor (real, %)		21,0	18,0	13,7	12,4	8,5	2,6
Wertschöpfung Landwirtschaft (real, %)	4,3	4,7	4,7	4,0	5,0	5,1	3,5
Wertschöpfung Tertiärsektor (real, %)	9,6	12,4	10,7	9,6	8,4	7,8	8,2
Anlageinvestitionen (Mrd. Yuan)		808	1.307	1.704	2.002	2.297	2.530
Anlageinvestitionen, gesamt (nominal, %)	34,6	44,4	61,8	30,4	17,5	14,8	10,1
Anlageinvestitionen, staatl. (Mrd. Yuan)		550	793	962	1.090	1.206	1.342
Anlageinvestitionen, staatl. (nominal, %)	30,1	48,1	44,1	21,3	13,3	10,6	11,3
Geldmenge M2 (%)		31,3	24,0	34,4			17,3
Inflationsrate (Einzelhandelspreisindex) (%)	10,5	5,4	13,2	21,7	14,8	6,1	0,8
Inflationsrate (Verbraucherpreisindex) (%)	12,1	6,4	14,7	24,1	17,1	8,3	2,8
Konsumgüterumsatz (Mrd. Yuan)		971	1.246	1.627	2.062	2.477	2.684

Quelle: *China Statistical Yearbook 1997*; „Statistical Communiqué of the State Statistical Bureau of the People's Republic of China on the 1997 National Economic and Social Development“, in: *China Economic News*, 20.4.1998, Supplement No.2.

Anmerkungen: Da das Statistikamt auch rückwirkend die Daten korrigiert, bestehen Abweichungen in den Angaben zum Vorjahr zu Schüller, Margot (1997), „Chinas Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1996“, in: *China aktuell*, April 1997, S. 339; XNA, 4.4.98.

tigen Herausforderungen der Transformation des Wirtschaftssystems und der Globalisierung bewältigen zu können. Bei einem geringeren Entwicklungstempo besteht vor allem die Befürchtung, daß die wachsende Arbeitslosigkeit nicht durch Schaffung neuer Arbeitsplätze gemildert werden kann und sich die soziale Unzufriedenheit über Kettenreaktionen zu landesweiten Protesten mit Destabilisierung der bestehenden Ordnung auswächst.

Allein im letzten Jahr stieg die Zahl der neu Beschäftigten um 7,5 Mio. Personen, und die Gesamtzahl der Beschäftigten erhöhte sich auf landesweit 696 Mio. Personen. Davon waren 21% bzw. 147,6 Mio. Arbeitskräfte als Angestellte und Arbeiter in den Städten tätig. Gegenüber 1996 fiel die Zahl der städtischen Beschäftigten um 0,85 Mio. Personen. Die offizielle städtische Arbeitslosenquote wurde für 1997 mit 3,1% angegeben (4,6 Mio. Personen). Schätzungen gehen jedoch davon aus, daß rd. ein Drittel der städtischen Arbeitskräfte überschüssig sind.⁵

Daß die Wirtschaftsentwicklung sich verlangsamt hat, wird auch mit Blick auf die gesunkene Nachfrage sichtbar. Während 1996 der reale Anstieg des Konsumgüterumsatzes noch 13,2% betrug, lag dieser im letzten Jahr bei 10,2%. Ein Beispiel für die geringere Dynamik ist auch der Bausektor, der selbst nach offiziellen Angaben im letzten Jahr eine Wachstumsrate von lediglich 2,6% aufwies.

2 Herausforderungen für die Wirtschafts- und Reformpolitik 1998

Die Finanz- und Wirtschaftskrise in einer Reihe von Nachbarstaaten hat warnende Signale von den Folgen wirtschaftlicher Fehlentwicklungen gesetzt und innerhalb der chinesischen Regierung den Entscheidungsprozeß in bezug auf anstehende Reformen beschleunigt. Dies betrifft

insbesondere die Banken- und Unternehmensreform. Das Finanzsystem in China ist ebenso wie in den Nachbarländern unzureichend entwickelt, und die Banken weisen hohe Anteile uneinbringlicher Kredite auf. Neben Krediten an staatliche Verlustunternehmen haben auch die chinesischen Banken über hohe Ausleihungen (20-25% der Kredite) den Immobilienboom angeheizt. Inzwischen sind jedoch die Immobilienpreise in vielen Städten um rd. die Hälfte gesunken. Über die Höhe der uneinbringlichen Kredite gibt es unterschiedliche Aussagen, doch kann das Bankensystem als technisch insolvent angesehen werden. Diese Entwicklung hat ihre Ursachen im planwirtschaftlichen Erbe der Banken, die als „Ladenkassen“ der Regierung funktionierten und im Transformationsprozeß staatlichen Verlustunternehmen das Überleben sichern mußten.

Die Regierung hat erkannt, daß sie neues Vertrauen in die Banken schaffen muß, um auch zukünftig hohe Sparquoten zu erreichen. China weist mit jährlich 37% überdurchschnittlich hohe Sparquoten auf. Trotz wirtschaftlicher Instabilitäten während der Reform des Wirtschaftssystems blieb die Sparquote stets relativ stabil und steht damit in starkem Kontrast zur Situation z.B. in Rußland und Osteuropa nach Beginn der dortigen Reformen. Diese hohen und stabilen Sparquoten bilden eine der Grundlagen für den wirtschaftlichen Erfolg Chinas. Neben den Unternehmen sind es heute vor allem die Haushalte, die sparen. Ziele für das Sparen sind teure Konsumgüter, aber auch die Ausbildung der Kinder und die Absicherung gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter.

Im März d.J. beschloß die Regierung, eine Rekapitalisierung der Banken mit Hilfe einer Sonderstaatsanleihe in Höhe von 270 Mrd. Yuan (32,5 Mrd. US\$) durchzuführen, um den Umfang ihrer Kapitalreserven auf die von der Bank für internationalen Zahlungsausgleich vorgeschlagene Höhe von 8% anzuheben. Parallel zur Rekapitalisierung wird derzeit eine Neustrukturierung der Zentralbank mit dem Ziel durchgeführt, die Kontrolle über die Kreditpolitik auf lokaler Ebene den Einflüssen der Provinzregierungen zu entziehen. Weiterhin wird seit Anfang 1998 eine Politik verfolgt, die die Kreditvergabe stärker liberalisiert

⁵Das Statistikamt berichtet, daß im Verlauf des letzten Jahres 4,8 Mio. freigesetzte Arbeitskräfte einen neuen Arbeitsplatz erhalten haben. Im Bericht von Chen Jinhua, Staatliche Planungskommission, vom 6.3.98 wird eine Zahl von 2,45 Mio. Arbeitskräften genannt, die nach ihrer Entlassung eine neue Beschäftigung gefunden haben SWB, 10.3.98.

(Aufgabe des Kreditquotensystems) und gleichzeitig die Bewertung der Kreditwürdigkeit von Kreditnehmern in den Vordergrund stellt. Diese Maßnahmen sollen schrittweise die Probleme im Bankensektor lösen, sind allerdings weitgehend von Erfolgen bei der Umstrukturierung der unprofitablen staatseigenen Unternehmen abhängig, an die der Hauptanteil der Kredite der Staatsbanken fließt.

Bei der Reform der Staatsbetriebe befindet sich die chinesische Regierung in einem Dilemma. Werden die staatlichen Verlustunternehmen weiter alimentiert, schränkt dies den Spielraum der Regierung ein, eine aktive Industrie- und Regionalpolitik zu betreiben. Gleichzeitig werden Ressourcen verbraucht, um nicht absetzbare Produkte herzustellen, und die faulen Kredite in den Banken nehmen zu. Andererseits ist die materielle Absicherung der Arbeitslosen über soziale Sicherungssysteme noch unzureichend. Zwischenlösungen sehen vor, daß Unternehmen bei Fusionen Arbeitskräfte übernehmen müssen, Arbeitskräfte zwar de facto arbeitslos sind, jedoch einen Grundlohn erhalten etc.

Rückläufige Gewinne und Steuerzahlungen der Staatsunternehmen bei steigendem Subventionsbedarf belasten den Staatshaushalt und das Bankensystem. Gleichzeitig stellt die Entlassung von Millionen überschüssiger Arbeitskräfte eine enorme Herausforderung für den Arbeitsmarkt und die soziale Stabilität dar. Aufgrund der herausragenden Position der Staatsunternehmen für Wachstum und Stabilität der chinesischen Wirtschaft ist die Umstrukturierung dieser Unternehmen seit Anfang der 90er Jahre in den Mittelpunkt der Reformanstrengungen der Regierung gestellt worden. Der 15. Parteitag der KPCh im September 1997 hat für die weitere Reform der Staatsunternehmen wichtige Rahmenbedingungen gesetzt.

Die Umstrukturierung von Unternehmen in Kapitalgesellschaften oder ihre Fusion zu Unternehmensgruppen, aber auch Konkurse und Verkäufe von kleinerer staatseigener Unternehmen sind als Wahlmöglichkeiten auf dem Parteitag legitimiert worden. Wie viele andere Reformen vollzieht sich die Umstrukturierung der Staatsunternehmen als kontrolliertes Experiment in sogenannten Pilotstädten und in Pilotunternehmen. Anfang 1997 wurde die Anzahl der Pilotstädte von 58 auf rd. 110 erhöht; und anstatt der ursprünglich 1.000 Unternehmen gibt es inzwischen rd. 2.500 Pilotunternehmen. Daß die Umstrukturierung der staatseigenen Unternehmen bis hin zu Konkursen und Fusionen im letzten Jahr Fortschritte gemacht hat, spiegelt sich indirekt in der wachsenden Zahl der entlassenen Arbeitskräfte wider.

Ob Fusionen mit dem Ziel der Bildung großer Unternehmensgruppen nach dem Vorbild der südkoreanischen *chaebol* der richtige Weg sind, wird in China derzeit vor dem Hintergrund der Liquiditätsprobleme der südkoreanischen Konzerne heftig diskutiert. So besteht die Gefahr, daß die von Behörden betriebene Zusammenlegung von Unternehmen zu Großkonzernen mit einer impliziten Garantie für die Bereitstellung von Investitionen, Bankkrediten, Marktmacht und politischen Vergünstigungen verbunden sein könnte.

Weitere „Lektionen“ aus der Krise in einigen Nachbarländern nannte Dai Xianglong, Gouverneur der Zentralbank, in einem Interview Anfang März 1998: 1. Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen müssen stabil sein, um die Entstehung einer „bubble“-Wirtschaft, insbesondere die Aufblähung der Werte am Aktien- und Immobilienmarkt, zu verhindern. 2. Die Struktur des Auslands-

kapitals sollte so beschaffen sein, daß vor allem Direktinvestitionen aus dem Ausland und langfristige Kredite ins Land fließen und die Kreditaufnahme von Unternehmen im Ausland kontrolliert wird, und 3. Öffnung des Kapitalmarktes, um schrittweise die Konvertibilität der Währung zu erreichen.⁶

3 Entwicklung einzelner Sektoren

Nach vorläufigen Angaben des Staatlichen Statistikamtes belief sich der Wert des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 7.477,2 Mrd. Yuan im Jahre 1997. Der Beitrag des Agrarsektors zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung betrug noch 18,3% (1.367,4 Mrd. Yuan) gegenüber rd. 20% im Jahre 1996 und rd. 30% zu Beginn der Wirtschaftsreform. Obwohl seit Beginn der Wirtschaftsreformen der Anteil der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft kontinuierlich gefallen ist, sind in diesem Sektor noch rd. die Hälfte der Arbeitskräfte (1996: 348 Mio. Personen) beschäftigt. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß ein Teil dieser Arbeitskräfte als Saisonarbeiter in die Städte abgewandert ist.

Tabelle 2: Veränderung der Wirtschaftsstruktur (%)

	Struktur des Bruttoinlandsprodukts				
	Primär-sektor	Sekundärsektor			Tertiär-sektor
		Gesamt	Industrie	Bausek.	
1980	30,1	48,5	44,2	4,3	21,4
1996	20,2	49,0	42,4	6,6	30,8
1997	18,3	49,2	42,5	6,7	32,5
	Arbeitskräftestruktur				
1980	68,7	18,3	n.v.	n.v.	13,0
1996	50,5	23,5	n.v.	n.v.	26,0

Quelle: Erstellt nach Angaben in *China Statistical Yearbook 1997*; „Statistical Communiqué of the State Statistical Bureau of the People's Republic of China on the 1997 National Economic and Social Development“, in: *China Economic News*, 20.4.1998, Supplement No.2.

Die Wachstumsrate der agrarischen Wertschöpfung 1997 stieg um lediglich 3,5% und lag damit deutlich niedriger als in den Vorjahren. Hierzu haben u.a. die enttäuschenden Ergebnisse beim Output von Getreide (-12 Mio. t gegenüber 1996) und Baumwolle (+0,1 Mio. t) beigetragen. Wie das Statistikamt berichtet, war, bedingt durch Veränderungen der Marktnachfrage, die Anbaufläche für ölhaltige Früchte und Hanf reduziert worden und deren Ernteergebnisse 1997 ebenfalls zurückgegangen. Positiv wird hervorgehoben, daß die Investitionen in die Infrastruktur für Ackerbau, Forstwirtschaft, Viehzucht, Fischerei und Konservierung der Wasserressourcen mit einem Volumen von rd. 47 Mrd. Yuan einen Anstieg um 40% gegenüber dem Vorjahr darstellen. Bezogen auf die Gesamtinvestitionen 1997 entfällt auf diese Bereiche jedoch lediglich ein Anteil von 2,5% (1996: 2%).

⁶ „China's Financial Situation and Environment – An interview with Dai Xianglong, governor of the Central Bank of China“, in: CEN, No.8, 2.3.98.

Zu den Problemen des Agrarsektors zählen nach wie vor unzureichende Investitionen, insbesondere für den Ausbau und die Modernisierung von Bewässerungseinrichtungen und für Umweltschutzmaßnahmen. Weiterhin ist die Frage der Agrarpreise von entscheidender Bedeutung für die Einkommen der Bauern, und damit verbunden, für ihre Fähigkeit, selbst Investitionen durchzuführen, sowie für die Stabilisierung der Ernteergebnisse.⁷

Tabelle 3: Outputentwicklung ausgewählter landwirtschaftlicher Produkte (Mio. t)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Getreide	442,7	456,5	445,1	466,6	504,5	492,5
Vorjahr = 100	101,7	103,1	97,5	104,8	108,1	97,6
Ölhalt. Pflanzen	16,4	18,0	19,9	22,5	22,1	n.v.
Baumwolle	4,5	3,7	4,3	4,7	4,2	4,3
Zuckerrohr	73,0	64,2	60,9	65,4	66,9	n.v.
Zuckerrüben	15,1	12,0	12,5	13,9	16,7	n.v.

Quelle: *China Statistical Yearbook 1997*; „Statistical Communiqué of the State Statistical Bureau of the People's Republic of China on the 1997 National Economic and Social Development“, in: *China Economic News*, 20.4.1998, Supplement No.2.

Der Beitrag des Sekundärsektors (Industrie sowie Bau-sektor) belief sich 1997 auf 3.677 Mrd. Yuan oder auf einen Anteil von 49,2 %, davon entfielen auf die Industrie 42,5%. Während die gesamte industrielle Wertschöpfung im letzten Jahr um 11,1% stieg, betrug die Wachstumsrate der Wertschöpfung in den staatseigenen Unternehmen und in den Unternehmen, in denen der Staat einen Kontrollanteil hält, 7,1%. Diese neue Definition des erweiterten Staatseigentumsbegriffs wurde im September 1997 auf dem Parteitag der KPCh vorgelegt und verdeckt die anhaltende Verdrängung des Staatssektors. Wird nach den untenstehenden offiziellen Angaben der Anteil der rein staatseigenen Unternehmen an der industriellen Wertschöpfung berechnet, dann beläuft sich dieser nunmehr nur noch 31%.

Nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes haben im Zuge der Reform der staatseigenen Unternehmen 1997 in 111 Städten, die für Reformexperimente ausgewählt wurden, 675 Unternehmen Konkurs angemeldet und weitere 1.022 fusioniert. Die Wirtschaftlichkeit der Industrieunternehmen soll sich im Landesdurchschnitt verbessert haben. Das Statistikamt gibt an, daß 1997 der Index für die Gesamteffizienz der Industriebetriebe ein Niveau von 91,3% aufwies und gegenüber dem Vorjahr um 3,1% zugenommen hat. Gleichzeitig seien die Nettogewinne aller Unternehmen durchschnittlich um 16,8% und die der staatseigenen Unternehmen um 11,9% gestiegen. Als Probleme werden bei einer Reihe von Unternehmen Anpassungsschwierigkeiten an die Marktnachfrage und die hohen Lagerbestände beklagt. Ende 1997 betrug der Wert der Lagerbestände 592 Mrd. Yuan (+11,7) und stellte einen Anteil von 19% an der gesamten industriellen Wertschöpfung dar. Auch 1997 erhöhten sich die Verluste der Unternehmen. Der Anstieg der Verluste aller Unternehmen machte 11,1% aus, und der Umfang der Verluste be-

lief sich auf 134 Mrd. Yuan; auf die staatseigenen Unternehmen entfiel ein Anteil von 74,4 Mrd. Yuan (+8,2%).

Tabelle 4: Struktur der industriellen Wertschöpfung 1997

	Mrd. Yuan	Wachstumsrate
Wertschöpfung gesamt	3.175	11,1
Staatseigene Unternehmen u. Unternehmen mit staatl. Kontrollanteil am Eigentum	1.173 (37) ¹	7,1
- darunter staatseigene Unternehmen	989 (31) ¹	5,4
Kollektiveigene Unternehmen	1.188 (37) ¹	11,7
Unternehmen mit sonstigen Eigentumsformen wie Joint Ventures, Auslandsunternehmen etc.	445 (14) ¹	13,4
Städt. u. ländl. Einzelunternehmen	553 (17) ¹	19,1

1) Prozentualer Anteil dieser Unternehmen an der gesamten industriellen Wertschöpfung.

„Statistical Communiqué of the State Statistical Bureau of the People's Republic of China on the 1997 National Economic and Social Development“, in: *China Economic News*, 20.4.1998, Supplement No.2.

Um die materielle Infrastruktur, insbesondere Energie, Transport und Kommunikation, als Voraussetzung einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung zu fördern, wurden im letzten Jahr die Investitionen in diesen Bereichen drastisch erhöht. Für Transport und Telekommunikation stiegen die Investitionen um 14,8% auf 328,8 Mrd. Yuan, so daß sich ihr Anteil an den Gesamtinvestitionen von 16,9% auf 17,5% vergrößerte. Noch umfangreicher waren die Investitionen für den Energiesektor in Höhe von 357,5 Mrd. Yuan. Sie stiegen um 21,7% gegenüber dem Vorjahr, und ihr Anteil an den Gesamtinvestitionen nahm von 17,3% auf 19% zu.

Im Zuge des Ausbaus und der Modernisierung von Telekommunikationseinrichtungen wurde im letzten Jahr das Telefonnetz im Landesdurchschnitt auf 8,1 Telefone/100 Einwohner und in den Städten auf 26,1 Telefone/100 Einwohner ausgeweitet. Weiterhin stieg die Zahl der Mobiltelefonnutzer von 6,38 Mio. auf 13,23 Mio. Personen.

Von der gesamten Güterverkehrsleistung entfielen 1997 mit 1.310 Mrd. tkm 34,3% auf die Schiene; der Anteil der Straße betrug 13,5% und der Anteil der Schifffahrt 50,6%. Gegenüber 1996 stieg das Frachtvolumen um insgesamt 4,9%, auf der Schiene isenbahn um 1%, auf der Straße um 3,1%, und die Frachtbeförderung auf den Wasserwegen erhöhte sich um 8,3%.

Der Unterschied zwischen der offiziellen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate von 8,8% und dem geringen Zuwachs an Primärenergie und Elektrizität ist weiterhin sehr groß.⁸ Wie Tabelle 5 zeigt, ging der Kohleoutput um 4,5% zurück. Über die Rohölförderung liegen noch keine endgültigen Angaben vor, doch kann davon ausgegangen werden, daß es keine größeren Zuwächse gegeben hat, denn für 1998 wird nur ein Ergebnis von 157 Mio. t Roh-

⁷Siehe hierzu *China Country Report*, 1st Quarter 1998, Economist Intelligence Unit, S.18.

⁸Siehe hierzu *China Country Report*, 1st Quarter 1998, Economist Intelligence Unit, S.20.

öl erwartet.⁹ Die Elektrizitätserzeugung stieg im letzten Jahr lediglich um 1,3%.

Tabelle 5: Outputdaten des Energie- und Transportsektors

	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Kohle (Mrd. t)	1,116	1,150	1,240	1,361	1,397	1,34
Rohöl (Mio. t)	142,1	145,2	146,1	150,0	157,3	
Elektrizität (Mrd. kWh)	753,9	939,5	928,1	1007,0	1081,3	1095,1
Frachtvol. (Mrd. tkm)	2.922	3,051	3.326	3.573	3.645	3.823
Frachtvol. - Eisenbahn	1.157	1.195	1.246	1.287	1.297	1.310
Frachtvol. - Straße	376	407	449	469	501	517
Frachtvol. - Schifffahrt	1.326	1.386	1.569	1.755	1.786	1.935

China Statistical Yearbook 1997; „Statistical Communiqué of the State Statistical Bureau of the People's Republic of China on the 1997 National Economic and Social Development“, in: *China Economic News*, 20.4.1998, Supplement No.2; XNA, 8.3.98.

4 Außenwirtschaftliche Entwicklung

Seit Beginn der 90er Jahre verdreifachte sich Chinas Außenhandelsvolumen von 115 Mrd. US\$ auf 325 Mrd. US\$. Nach WTO-Statistiken lag China im Jahre 1997 auf Rang 10 der größten Welthandelsmächte. Da die Exporte eine größere Dynamik aufwiesen als die Importe, vergrößerte sich der Exportüberschuß zwischen 1990 (8,7 Mrd. US\$) und 1997 (40 Mrd. US\$) beträchtlich. Am Exporterfolg waren die mit Auslandskapital gegründeten Unternehmen in erheblichem Umfang beteiligt. Ihr Anteil betrug 1997 am gesamten Außenhandel rd. 47% und an den Exporten 41%.

Aufgrund der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung und der Abwertung in den asiatischen Nachbarländern rechnet die chinesische Regierung damit, daß 1998 das Außenhandelswachstum abflachen wird (1998 rd. 6% statt 12,5% im Jahre 1997). Ob es bis zum Jahresende zu einem drastischen Rückgang der Exporte kommen wird, muß jedoch noch abgewartet werden. So sind die asiatischen Nachbarn zwar wichtige Handelspartner Chinas. Ohne Berücksichtigung Hongkongs (aufgrund des hohen Anteils der Reexporte) entfielen 1996 auf die asiatischen Länder insgesamt 38,6% der chinesischen Exporte und auf die von der Wirtschaftskrise besonders betroffenen Länder (Südkorea, Indonesien, Malaysia und Thailand) rd. 24%. Eine erwartete rückläufige Importnachfrage dieser Länder würde die Exportchancen Chinas negativ beeinflussen, doch wird das Ausmaß relativ begrenzt sein. Auch die Exporte nach Japan könnten weiter zurückgehen, aber weniger aufgrund der Finanzkrise als wegen der gesamten Wachstumsschwäche der japanischen Wirtschaft.

Durch die Abwertung in den asiatischen Nachbarländern verstärkt sich die Preiskonkurrenz für chinesische

Produkte auf dem Weltmarkt bei einer Reihe von Ausführprodukten. Bei den stark arbeitsintensiven Exporten wie z.B. Textilien und Bekleidung, aber auch Schuhen, Reiseartikeln und elektrischen Haushaltsgeräten, könnte sich die Preiskonkurrenz zu den ASEAN-Staaten verstärken. Da auf die Länder mit großer Abwertung ihrer Währung jedoch auch höhere Kosten für ihre Importe an Vorprodukten und Maschinen für die Exportproduktion zukommen werden, ist der tatsächliche Umfang der Marktverdrängung durch diese Länder noch ungewiß. Bisher zumindest ist die im Westen erwartete Exportschwemme aus den asiatischen Krisenländern ausgeblieben, u.a. aufgrund der Liquiditätsprobleme, die auch die Exportunternehmen betreffen. So haben diese Unternehmen Schwierigkeiten, Kredite zur Finanzierung von Importen zu erhalten.¹⁰

Tabelle 6: Außenwirtschaftliche Entwicklung (Mrd. US\$)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997
ADI realisiert	11,0	27,5	33,7	37,5	41,7	45,34 ¹
ADI zugesagt	58,1	111,4	82,7	91,3	73,3	51,8
Außenhandel	165,5	195,7	236,6	280,9	289,9	325,1
Exporte	84,9	91,7	121,0	148,8	151,0	182,7
Importe	80,6	103,9	115,6	132,0	138,8	142,4
Saldo	4,3	-12,2	5,4	16,8	12,2	40,3
Leistungsbilanz	6,6	-11,9	7,66	1,62	7,24	
Devisenreserven	19,4	21,2	51,6	73,6	105,0	139,9
Auslandschulden	69,3	83,6	92,8	106,6	116,3	130,9

ADI = ausländische Direktinvestitionen, 1) einschl. „sonstige“ ADI. *China Statistical Yearbook 1997*; „Statistical Communiqué of the State Statistical Bureau of the People's Republic of China on the 1997 National Economic and Social Development“, in: *China Economic News*, 20.4.1998, Supplement No.2, XNA, 4.4.98.

Zwar ist der Außenhandel wichtiger Wachstumsmotor der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geworden, doch wirken sich Weltmarktschwankungen aufgrund der Größe des Binnenmarktes für China nicht im selben Maße aus wie für kleinere Flächenstaaten. Weiterhin erlaubt das unterschiedliche Entwicklungsniveau der Regionen über einen längeren Zeitraum die Verlagerung arbeitsintensiver, kostengünstiger Produktionsprozesse von den Wachstumszentren der Ostküste nach Zentral- und Westchina, die sich inzwischen als Standorte solcher Industrien für Auslandsinvestoren anbieten.

Von herausragender Bedeutung für die Wirtschaftsentwicklung ist der weitere Zufluß von Auslandskapital. Den offiziellen Angaben zufolge stieg der Umfang der ausländischen Direktinvestitionen (ADI) seit Anfang der 90er Jahre beträchtlich. Bezogen auf das Jahr 1995, belief sich der Umfang der ADI auf 13% des inländischen Investitionsvolumens, auf 13% des Industrieoutput und auf 12% der Steuereinnahmen. Die mit Auslandskapital gegründeten Unternehmen sind von zentraler Bedeutung für den Erfolg Chinas auf dem Weltmarkt und haben bereits mehr als 16 Millionen neue Arbeitsplätze bereitgestellt.

⁹XNA, 22.4.98

¹⁰„Credit squeeze on Asian exports“, FT, 26.1.98.

Sowohl die Zahl der neuen Investitionsprojekte als auch das Volumen der ausländischen Direktinvestitionen sanken 1997 gegenüber dem Vorjahr. So gingen im letzten Jahr die neu vereinbarten Investitionsprojekte um 14% auf 21.100 zurück, 1996 dagegen hatte sich die Anzahl noch auf 24.500 belaufen. Während 1996 ein Volumen von 73,1 Mrd. US\$ ausländischer Direktinvestitionen vertraglich genehmigt worden war, sank das Volumen auf 51,8 Mrd. US\$ bzw. um 29,3%.¹¹ Bei den realisierten Direktinvestitionen gab es dagegen noch einen leichten Anstieg um 8,7% auf 45,3 Mrd. US\$. Die geringeren Zuwachsraten beim Zustrom von ADI können teilweise auf die Verschlechterung der Investitionsanreize zurückgeführt werden. So hatte China Anfang 1996 beschlossen, Importe von Anlagen und Maschinen der Auslandsunternehmen zu verzollen – statt wie bisher vom Zoll auszunehmen. Ein anderer Grund für das Abflachen des Investitionsstroms ist der zumindest teilweise abgeschlossene Auslagerungsprozeß von Industrien aus Hongkong und Japan auf das chinesische Festland. Fraglich ist, ob sich der Trend rückläufiger Zuflüsse von Auslandsinvestitionen fortsetzen und durch die Asienkrise noch beschleunigen wird.

Es kann durchaus davon ausgegangen werden, daß die ASEAN-Länder stärkere Anstrengungen machen werden, um Auslandskapital anzuziehen, so daß sich die Konkurrenzsituation für China verschärfen wird. Wohl auch aus diesem Grund hat die chinesische Regierung zum 1. Januar 1998 die ursprünglichen Vergünstigungen für Importe von Anlagen und Maschinen der mit Auslandskapital gegründeten Unternehmen im wesentlichen wieder eingeführt. Allerdings werden weitere Verbesserungen der Investitionsbedingungen erforderlich sein, um als Investitionsstandort attraktiver zu werden, insbesondere der Abbau der Bürokratie und Korruption.

Nach wie vor kommt ein hoher Anteil der ADI aus oder über Hongkong sowie aus anderen asiatischen Nachbarländern. Bezogen auf das Jahr 1996, entfiel auf Hongkong ein Anteil von rd. 50% (bzw. schätzungsweise 30%, wenn das „recycled capital“ aus dem Inland abgezogen wird, das über Hongkong wieder zurück aufs Festland fließt) und auf die wichtigsten übrigen Investoren (Taiwan, Singapur, Südkorea, Malaysia, Thailand und Indonesien) von rd. 20%. Die Krise hat die Auslandsinvestitionstätigkeit dieser Länder geschwächt; dies wird sich auf den Zustrom von Auslandskapital nach China auswirken. Zur Kompensation dieser Ausfälle will die chinesische Regierung versuchen, mehr Investitionen aus nichtasiatischen Ländern zu absorbieren und die binnenwirtschaftliche Entwicklung durch ein Konjunkturprogramm zu beleben.

Zwar stammen nach wie vor noch die meisten Investitionen von Auslandschinesen aus Hongkong, Singapur, Taiwan sowie aus anderen asiatischen Nachbarstaaten, doch haben auch die westlichen Industriestaaten und Japan an Bedeutung gewonnen. Hierbei sind es insbesondere multinationale Unternehmen, die China im Rahmen ihrer globalen Unternehmensstrategie als Standort für Produktion und Absatz ausgewählt haben. Für diese Unternehmen sind vor allem der Binnenmarkt und langfristige Erwartungen an das Marktpotential von Interesse. Neben der Frage der Herkunftsländer ist die Frage von Bedeutung, in welche Bereiche das Auslandskapital fließt. Hier versucht China seit einigen Jahren, Kapital auch in den

Ausbau der Infrastruktur zu leiten. Auslandsinvestoren waren in diesem Bereich weniger aktiv, da ein rechtlicher Rahmen fehlte, die Preispolitik für beispielsweise Energie, Wasser, Straßennutzung etc. nicht klar war und komplizierte Verhandlungen sowohl mit der Zentralregierung als auch mit der Provinzregierung notwendig waren. Diese Rahmenbedingungen haben sich inzwischen gebessert, und in rd. einem Dutzend Kraftwerkprojekten sind auch ausländische Investoren engagiert.

Der weitere Zustrom von Kapital in Form von ADI ist von verschiedenen Faktoren abhängig. Neben stabilen makroökonomischen Rahmenbedingungen als wichtigster Voraussetzung für das Vertrauen aller ausländischen Investoren wirken sich Investitionsanreize und die Erhöhung von Produktionskosten nicht für alle Investoren in gleicher Weise aus. Bei den meisten exportorientierten Unternehmen aus Südostasien, die vor allem in den Bereichen der arbeitsintensiven Produktion tätig sind, wirken diese Faktoren stärker als bei multinationalen Unternehmen, die den Binnenmarkt erschließen wollen.

Mit dem Zufluß von Auslandskapital in Form von Krediten hat sich auch die Auslandsverschuldung Chinas erhöht. Diese wird jedoch sowohl hinsichtlich des Volumens, der jährlichen Zuwachsrate und der Struktur der Schulden als ungefährlich eingestuft. Bis Mitte 1997 entfiel ein Anteil von 11,5% auf kurzfristige Kredite. Selbst nach Anstieg des Anteils kurzfristiger Kredite auf 24% bis Ende 1997 stellt sich die Schuldenstruktur Chinas wesentlich günstiger dar als in anderen asiatischen Entwicklungsländern. Dies ist auch mit Blick auf die Schuldenrelation (Auslandsschulden im Verhältnis zum BIP und zum Export) sowohl Mitte als auch Ende 1997 der Fall. Um den weiteren Anstieg der Auslandsverschuldung unter Kontrolle zu halten, wurde seit Mitte 1997 der Zugang zu Auslandskrediten für inländische Kreditnehmer durch die Regierung stärker beschränkt.

Im Vergleich zu den krisengeschüttelten asiatischen Nachbarländern ist weiterhin zu berücksichtigen, daß die Rückzahlung von Auslandsschulden durch China bisher problemlos erfolgte. Die hohen Devisenreserven von rd. 140 Mrd. US\$ schaffen hierfür die erforderliche Voraussetzung. Hohe Kapitalzuflüsse aus dem Ausland und Handelsbilanzüberschüsse ließen die Devisenreserven um 34,9 Mrd. US\$ ansteigen.

Ob China die Währung ebenfalls abwerten wird, zählt zu einer der meistdiskutierten Fragen. Die Abwertung der Währungen in den Nachbarstaaten hat auch für China einen Abwertungsdruck hervorgerufen, da die Ausfuhren dieser Länder in Konkurrenz zu den chinesischen stehen. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß Chinas Exporterfolg in den letzten Jahren nicht nur durch eine preisliche Wettbewerbsfähigkeit bedingt war, sondern auch über die Verbesserung von Qualität und durch die Diversifizierung der Exportgüterpalette. Dies gilt vor allem mit Blick auf die Entwicklung des Außenhandels seit 1994, nach der letzten größeren Abwertung der Währung. Die Vereinheitlichung der gespaltenen Wechselkurse im Jahre 1994 führte außerdem nicht zu einer Abwertung von 50%, sondern lediglich von maximal 10%. Der überwiegende Teil des Außenhandels war zu diesem Zeitpunkt bereits zu den Wechselkursen auf den Devisen-Swapmärkten abgewickelt worden.

Der Wechselkurs, der nach wie vor staatlich reguliert wird, blieb 1997 bis auf eine leichte Werterhöhung auf demselben Niveau wie 1996. Der Unterschied zwischen

¹¹In der Übersicht 19, *China aktuell*, Februar 1998, wurde wesentlich von einer Steigerung der zugesagten Investitionen um 29,36% berichtet.

dem Jahresanfangswechsellkurs von 1 US\$: 8,2984 Yuan auf 1 US\$: 8,2796 Yuan war sehr gering. Zumindest kurzfristig erscheint es wenig wahrscheinlich, daß die chinesische Regierung eine Abwertung durchführen wird, um ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den asiatischen Nachbarn zu stärken. Auch der Schritt zur vollständigen Konvertibilität der Währung bietet sich nicht als Alternative an, da sich gerade die Kontrolle über die Wechselkurse und die eingeschränkte Konvertibilität als wirksamer Schutz vor Spekulationsattacken erwiesen haben. Außerdem würde sich eine Abwertung der festlandchinesischen Währung negativ auf die Stabilität des Hongkong-Dollar auswirken. Darüber hinaus muß berücksichtigt werden, daß sich für China durch eine Abwertung die Importe von beispielsweise Erdöl, bestimmten Rohstoffen sowie Maschinen verteuern würden. Weiterhin ist die Position der Regierung, nicht abzuwerten, als politische Entscheidung zu sehen, die ihr ein sehr positives Image in der Region und im Westen einbringt. Da sich China als eigentliches Machtzentrum in Asien versteht, ist dieser politische Aspekt der Währungspolitik nicht zu unterschätzen. Obwohl eine Abwertung kurzfristig nicht erfolgen wird, könnte sich die Situation jedoch bis gegen Ende des Jahres verschärfen. Sollte sich bis dahin ein schwerwiegender Rückgang der Exporte abzeichnen, könnte sich die Politik der Regierung insoweit ändern, als eine Abwertung von maximal 5-10% möglich wäre.

5 Ausblick 1998

Ob 1998 trotz der negativen Auswirkungen der „Asienkrise“ und der vielfältigen Herausforderungen des Transformationsprozesses die geplante Wachstumsrate von 8% erreicht werden kann, ist insbesondere davon abhängig, wie sich die Exporte und der Zustrom von Auslandskapital, die Investitionen und die Nachfrage entwickeln werden.

Die Ergebnisse der Außenhandelsentwicklung bis zum Ende des 1. Quartals zeichnen noch ein positives Bild. So erreichte China erneut einen Exportüberschuß, der sich auf rd. 10 Mrd. US\$ belief. Die Ausfuhren nahmen um 13% zu, während die Importe nur um 2,7% stiegen. Dies ist vor allem durch eine Steigerung der Ausfuhren nach Europa und in die USA möglich gewesen, die den Einbruch der Ausfuhren in die asiatischen Nachbarstaaten kompensiert hat. Auch der Zustrom von ADI ist in den letzten Monaten anscheinend ungebrochen gewesen. Im 1. Quartal betrug der Zufluß von Auslandskapital 8,6 Mrd. US\$ und erhöhte sich damit um rd. 10%. Dieses Ergebnis konnte durch höhere Investitionen aus Taiwan und den westlichen Industriestaaten erreicht werden. Allerdings waren die Zuwächse bei den Anlageinvestitionen und der Nachfrage eher bescheiden.¹² Die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate flachte im 1. Quartal auf 7,2% ab.¹³ Um das Entwicklungstempo auf das geplante Niveau von rd. 8% in diesem Jahr zu bringen, müssen zusätzliche Wachstumsimpulse für die binnenwirtschaftliche Entwicklung bereitgestellt werden. Dai Xianglong, Gouverneur der Zentralbank, hat Anfang März 1998 angekündigt, daß die Anlageinvestitionen in diesem Jahr um 270 Mrd. Yuan (32,5 Mrd. US\$) gegenüber dem Vorjahr erhöht würden, dies wäre ein Anstieg um rd. 11%. Darüber hinaus sol-

len verstärkt Kredite für den privaten Wohnungsbau in einem Umfang von 100-150 Mrd. Yuan (12-18 Mrd. US\$) zur Verfügung gestellt werden.¹⁴

Bereits zuvor hatte Li Lanqing soll auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos ein umfangreiches Infrastrukturprogramm in Höhe von 750 Mrd. US\$ vorgestellt, ohne allerdings genauere Angaben darüber zu machen, woher die Mittel kommen sollen. Auch wenn das Volumen dieses Konjunkturprogramms nicht genau bekannt ist, scheint doch die grundlegende Bereitschaft der Regierung von Bedeutung zu sein, eine aktive Politik der Ankurbelung der Wirtschaft zu verfolgen. Mehr Investitionen sollen durch eine Lockerung der Kreditvergabe, mehr Hypothekenkredite sowie höhere Infrastrukturinvestitionen bereitgestellt werden. Mit öffentlichen Mitteln geförderte Projekte sind für den Bereich Bewässerung und Wasserversorgung sowie andere landwirtschaftliche Infrastrukturprojekte, für den Bau von Eisenbahnen und Autobahnen und sonstigen Transporteinrichtungen, für Umweltschutzprojekte für die Entwicklung von High-Tech-Industrien, die technologische Verbesserung der Unternehmen und für den Wohnungsbau vorgesehen. Diese Erhöhung der Investitionen könnte positive Wirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Konsumgüternachfrage erwarten lassen.

Daß die Erhöhung der Investitionen von entscheidender Bedeutung für die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums ist, darauf wies das Forschungsinstitut der Staatlichen Planungskommission in einer Analyse Anfang März 1998 hin und forderte eine aktive Investitionspolitik von der Regierung. Sollten die Investitionen lediglich um 9% zunehmen, sei damit nur eine gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate von 6% zu erreichen. Ohne aktives Eingreifen der Regierung würden dem Forschungsinstitut zufolge nicht die notwendigen Wachstumsimpulse gesetzt, denn: erstens gebe es nur geringe Investitionsanreize aufgrund von Überkapazitäten in vielen Branchen, zweitens würden die Banken bei der Kreditvergabe restriktiver vorgehen, drittens könne es zu einem geringeren Zufluß von Auslandskapital, das in den letzten Jahren rd. 30% zu den Gesamtinvestitionen beigetragen hat, kommen und viertens stünden den Unternehmen nur in unzureichendem Umfang Investitionsmittel zur Verfügung. Mit Ausnahme relativ weniger Unternehmen, die vom Staat gefördert würden und Monopolpreise setzen könnten, sei die Mehrzahl der Unternehmen mit einer beschränkten Marktnachfrage konfrontiert, so daß sie nur geringe Gewinne und Investitionsmittel erwirtschaften könnten. Das Forschungsinstitut geht davon aus, daß die Anlageinvestitionen auf mindestens 12% im laufenden Jahr erhöht werden müßten.¹⁵

Seit der Abschaffung des Kreditquotensystems für die Banken kann weiterhin damit gerechnet werden, daß in diesem Jahr auch privaten Unternehmen mehr Liquidität zur Verfügung gestellt wird. Obwohl diese Unternehmen bereits einen relativ hohen Anteil an der Wirtschaftsleistung haben, entfielen auf den Staatssektor mehr als drei Viertel der Kredite.¹⁶

¹²Siehe dazu die Übersicht „Wirtschaftsentwicklung im 1. Quartal 1998“ in diesem Heft.

¹³RTHK Radio 3, Hong Kong, 24.4.98, nach SWB, 28.4.98; XNA, 24.4.98, nach SWB, 25.4.98; SCMP, 24.3.98.

¹⁴„Bank governor announces investment increase to boost growth“, XNA, 7.3.98, nach SWB, 9.3.98.

¹⁵Investment to grow less in 1998“, in: CEN, 2.3.98.

¹⁶Siehe u.a. „No more quotas“, in: *China Trade Report*, February 1998, S.11.